

Dr. Karl-Wilhelm Hirsch

stellvertretender Vorsitzender der F.D.P Würselen

Würselen, den 23.01.1993

Unangebrachte Reaktion der SPD auf die Wahlbetrugsaffäre

Die Sozialdemokratie in Würselen hat sich bisher durch eine integrative Kraft ausgezeichnet, die zu einem stets respektvollen Umgang der Parteien untereinander beigetragen hat. Dies hat der Stadt gutgetan. Die sicher auch einmal harten Auseinandersetzungen in der Sache fanden auf der Grundlage eines gemeinsamen Demokratieverständnisses statt. In Anbetracht dieser Einschätzung haben mich die Stellungnahmen von Herrn Peltzer und Frau Voigt-Küppers enttäuscht.

Der vor die Presse getretenen SPD-Spitze fehlt offenbar das Unrechtsbewußtsein. Diesen Betrug als unwissend gemachte, formale Fehler hinzustellen, ist das Verharmlosen einer Affäre, die an die Wurzel der Demokratie geht, weil sie die gleiche und geheime Wahl verletzt hat. Diese Wahlfälschung auch nur im Ansatz auf eine unverständliche Formulierung der Rechtsvorschriften zur Wahldurchführung zurückzuführen ist für eine Partei, die mit absoluter Mehrheit die Stadtgeschäfte führt, Ausdruck größter Hilflosigkeit. Die Stellungnahme versucht offensichtlich, diesen maffiosen Vorgängen den besänftigenden Beigeschmack des sogenannten Kavaliersdelikts zu geben. Dies ist kein verantwortungsvoller Umgang mit unserer Demokratie.

Es geht nicht um Rechenexempel, um Mandatsverluste oder -verschiebungen. Es geht um die Demokratie an sich. Es müssen keine Parteimitglieder besser "geschult" werden, wie Herr Peltzer sich offenbar ausdrückte. Seitdem ich in der F.D.P. Mitverantwortung trage, bin ich nie geschult worden und werde auch keine Parteifreunde schulen; schon gar nicht, was die Durchführung einer öffentlichen Wahl angeht: Parteien stehen zur Wahl, sie führen sie nicht durch. Wenn es möglich wäre, sollten sie am Wahlsonntag bei der eigentlichen Wahl nicht auftreten. Dies ist Sache einer unabhängigen, staatsverpflichteten Verwaltung und des Bürgers. Ich habe in meiner ersten Reaktion auf diese Affäre bereits deutlich gemacht, daß es hier mangelt. Nach langer Alleinherrschaft verliert die Verwaltung unausweichlich ihre Parteiunabhängigkeit. Eine wesentliche Konsequenz dieser Vorgänge muß daher sein, daß sich die Parteien - und ich meine alle und nicht nur in Würselen - mehr Zurückhaltung in Personalfragen des öffentlichen Lebens auferlegen. Aber auch der Bürger muß mehr tun. Er kann und er muß, wenn er diese erfolgreiche Demokratie, diesen sozialverpflichteten liberalen Staat will, durch Engagement beispielsweise als Beisitzer in Wahllokalen die geheime und gleiche Wahl garantieren.

Ich gehe davon aus, daß die inneren Kräfte in der SPD stark genug sind, diese mißlungene Stellungnahme langfristig vergessen zu machen. Das Beitreten der SPD zur Forderung der CDU nach einer vollständigen und rüchhaltlosen Aufklärung mag ein erster Schritt sein, aber er ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Konsequenzen zu ziehen und diese umzusetzen ist viel wichtiger in einer Zeit, in der der Graben zwischen Politik und Bürger immer tiefer wird. Ich räume ein, dazu braucht die SPD Würselen in ihrer jetzigen Situation Zeit. Sie sollte sie bekommen